

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Thomas Huber

Abg. Andreas Winhart

Abg. Martin Hagen

Abg. Florian von Brunn

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Eva Lettenbauer

Abg. Jan Schiffers

Abg. Julika Sandt

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Markus Plenk

Abg. Christian Kligen

Abg. Raimund Swoboda

Staatsministerin Ulrike Scharf

Abg. Arif Taşdelen

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Arbeit muss sich lohnen - "Nein" zum Bürgergeld ([Drs. 18/24635](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Margit Wild u. a. und Fraktion (SPD)

Soziale Politik für die Menschen - "Ja" zum Bürgergeld, zur Reform des Wohngeldes, zu 12 Euro Mindestlohn und zur Entlastung von niedrigen Einkommen ([Drs. 18/24734](#))

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Bevor ich dem Kollegen Thomas Huber das Wort erteile, teile ich mit, dass zu dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt wurde. – Erster Redner ist der Kollege Thomas Huber von der CSU-Fraktion.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Thomas Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Am 13. Oktober war die Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung zur Einführung eines Bürgergeldgesetzes im Deutschen Bundestag. Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dem vorliegenden Vorschlag hat die Ampelkoalition leider wieder mal gezeigt, wie viel sie von verantwortungsvoller und nachhaltiger Sozialpolitik hält – nämlich gar nichts.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Reform mag grundsätzlich gut gemeint sein. Das erkenne ich als Sozialpolitiker durchaus an. Aber gut gemeint ist halt noch lange nicht gut gemacht. Natürlich kann und muss man zum Beispiel die Regelsätze in der Grundsicherung angemessen und inflationsbedingt anpassen. Das ist hier sicherlich auch nicht unser Kritikpunkt. Das will ich gleich mal vorab klarstellen, bevor es danach wieder heißt, wir würden mit der Ablehnung des Bürgergeldes den arbeitssuchenden Menschen nicht helfen. Dem ist nicht so. Ganz im Gegenteil!

(Florian von Brunn (SPD): Genau das machen Sie!)

– Herr von Brunn, hören Sie zu, dann kennen Sie auch unsere Argumente, und dann lernen Sie vielleicht noch etwas.

Wir müssen alles daransetzen, um Menschen in Arbeit zu bringen. Genau deshalb brauchen wir einen deutlichen Abstand zwischen Arbeitsentgelt und Grundsicherung. Wenn sich Arbeit bei uns nicht mehr lohnt, dann können wir gleich einpacken, und zwar ökonomisch, gesellschaftlich und sozial.

(Zuruf: Die Lösung sind gute Löhne!)

– Hören Sie zu, die Vorschläge kommen schon.

Unser Kritikpunkt liegt vielmehr darin, dass das Bürgergeld so, wie es uns vorliegt, das seit Langem bewährte Prinzip des Forderns und Förderns einfach so beendet. Nun gibt es statt Fördern und Fordern nur noch Fördern. Wir erreichen damit eines: Wir überfordern den Sozialstaat.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich stelle Ihnen die Frage: Wohin soll das noch führen? Soll unser Sozialstaat jetzt zur Einbahnstraße werden? Das ist doch ein einziger sozialpolitischer Irrweg, den ihr in Berlin da eingeschlagen habt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es ist mir wirklich unerklärlich, wie man sich so etwas ausdenken kann. Haben sich die Ampelkoalitionäre in Berlin eigentlich irgendwann einmal mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Jobcentern unterhalten, also mit den Menschen, die am besten mit der aktuellen Situation vertraut sind? Diese Beschäftigten, die Tag für Tag versuchen, Leistungsbezieher in Arbeit zu bringen, haben nahezu keine Sanktionsmöglichkeiten mehr.

(Widerspruch des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

– Ich habe gesagt "nahezu", Herr Kollege.

Vor allem in der geplanten Vertrauenszeit werden künftig selbst klare Fälle der Arbeitsverweigerung ohne Konsequenzen bleiben, und das alles im größten Arbeitnehmermarkt seit Jahren.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Wahnsinn!)

Kaum eine Branche in diesem Land klagt nicht über zu wenige Fach- oder Arbeitskräfte. Hinzu kommt der demografische Wandel. Letztes Jahr hat Deutschland allein durch den demografischen Wandel 150.000 Arbeitskräfte verloren.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, diese Entwicklung wird sich in den nächsten und kommenden Jahren noch verstärken. Statt Fehlanreize gegen eine Arbeitsaufnahme zu setzen, was ja unabhängig von staatlicher Hilfe macht, sollte sich die Bundesregierung lieber mal überlegen, wie sie dem Arbeits- und Fachkräftemangel begegnet.

(Florian von Brunn (SPD): Sie macht das!)

– Hören Sie halt einmal zu, und reden Sie nicht immer dazwischen! Haben Sie die Grundregeln des Anstands vergessen, Herr von Brunn?

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Florian von Brunn (SPD): Der Zwischenruf ist die Grundregel des Parlamentarismus!)

Damit wäre unserer Wirtschaft, unserem Mittelstand, unserem Handwerk, den Sozialberufen und den Gesundheitsberufen wesentlich besser geholfen. Das sind übrigens auch diejenigen, die letztendlich für die Finanzierung unseres Sozialstaats und von Transferleistungen – wie das Bürgergeld – sorgen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ampel gibt das Prinzip des aktivierenden Sozialstaats auf und schadet damit am Ende der gesamten Gesellschaft.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Florian von Brunn (SPD): Glauben Sie selber, was Sie da erzählen? – Alexander König (CSU): Natürlich ist das so!)

Das Bürgergeld beendet nicht nur das Prinzip des Förderns und Forderns, es gefährdet auch den Wohlstand, der hart und von vielen Menschen in diesem Land erarbeitet wurde. Es ist damit auch eine erhebliche Gefahr für den sozialen Frieden in Deutschland.

(Florian von Brunn (SPD): Schämen Sie sich! Sie spalten die Gesellschaft!)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die einseitige Unterstützung von Leistungsbeziehern führt in diesem Fall, so wie es vorliegt, zu einem sozialen Ungleichgewicht. Die Antragsteller sind hinsichtlich der Kosten der Unterkunft deutlich bessergestellt als Geringverdiener und Personen mit mittlerem Einkommen. Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen.

(Alexander König (CSU): Wahnsinn!)

Das gilt insbesondere dort, wo die Mieten hoch sind, zum Beispiel in den Ballungsräumen.

(Florian von Brunn (SPD): Das sind einfach Fake News!)

– Ich komme aus dem Ballungsraum München, Herr von Brunn, ich weiß, wovon ich rede.

(Florian von Brunn (SPD): Das wissen Sie nicht!)

– Jetzt hören Sie zu! – Hier steckt der Teufel im Detail: Antragsteller, die erstmalig Leistungen beantragen – –

(Florian von Brunn (SPD): Ihr Antrag war Fake News!)

– Ich höre Ihnen nachher auch zu! – Antragsteller, die erstmalig Leistungen beantragen, würden in Bezug auf den Wohnraum auch eine Besserstellung gegenüber Bestandsfällen erfahren, die bereits aus unterschiedlichsten Gründen Leistungen erhalten; denn mit dem Bürgergeld wird das Wohnen in unangemessen teuren Wohnungen über längere Zeiträume ermöglicht – zumindest für die ersten beiden Jahre.

(Florian von Brunn (SPD): Genau!)

So steht es in Ihrem Gesetz. Diese geplante Karenzzeit kritisieren übrigens nicht nur die CSU und die Union, sondern die kritisiert auch der Bundesrechnungshof. Er befürchtet unter anderem in einem Schreiben vom 13. Oktober an die Bundesregierung Missbrauchs- und Mitnahmeeffekte, wenn künftig eine einfache Erklärung, kein erhebliches Vermögen zu besitzen, ausreichen sollte. Er kritisiert aber auch den Verzicht auf Sanktionen. Er kritisiert auch die Anerkennung der tatsächlichen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung. Herr Kollege, das widerspricht doch dem Gesetzeszweck, eine vorübergehende Hilfestellung für diejenigen zu ermöglichen, die sich selber nicht helfen können.

(Florian von Brunn (SPD): Sie helfen gar nicht! Sie reden nur!)

Ich sage Ihnen ehrlich: Bei mir im Landkreis Ebersberg fehlt vielen Bürgern, die ohnehin schon einen sehr hohen Anteil ihres hart erarbeiteten Einkommens für die Miete ausgeben, jegliches Verständnis für diese Entscheidung.

Was passiert denn, wenn die Ämter nun auf einmal mehr Kosten für Wohnen übernehmen? – Dann steigen nicht nur die Kosten der Unterkunft für die Kommunen, sondern

es sinkt der bezahlbare Wohnraum für all jene, die ihn ohne staatliche Hilfe finanziell stemmen. Wozu soll ich als Vermieter denn noch sozialverträgliche Mieten anbieten – solche gibt es auch –, wenn die Jobcenter so oder so für die monatlichen Mieten aufkommen?

(Florian von Brunn (SPD): So ein Quatsch!)

Wer muss das ausbaden? – Diejenigen mit geringen und mittleren Einkommen, die ohnehin schon genug unter der Inflation und den steigenden Energiepreisen leiden.

(Alexander König (CSU): Das ist arbeiterfeindliche SPD-Politik!)

Für diese Menschen bedeutet das, dass der Wohnraum noch knapper und noch teurer wird. Dieses Problem mag vielleicht in vielen Gegenden Brandenburgs oder Mecklenburg-Vorpommerns nicht die Regel sein. Aber für uns in Bayern, wo die Menschen gerne leben, wo viel Zuzug herrscht und wo der Druck auf den Wohnungsmarkt exorbitant hoch ist, ist diese Entwicklung katastrophal.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir sehen doch heute schon, dass die Belastung der Jobcenter schon aufgrund des Rechtskreiswechsels der ukrainischen Flüchtlinge zum 1. Juni deutlich zugenommen hat. Jetzt setzen Sie noch mal eines obendrauf.

Sehr verehrte Damen und Herren, der Bezug von Bürgergeld darf in keinem Fall attraktiver als eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die aktuellen Vorschläge der Bundesregierung gefährden die Finanzierbarkeit des deutschen Sozialsystems.

(Alexander König (CSU): Wahnsinn, dass die SPD so etwas macht!)

Um Langzeitarbeitslose bestmöglich und vor allem ganzheitlich unterstützen zu können, sind ein Ausbau der Maßnahmen sowie eine engere Betreuung und Beratung

durch die Jobcenter erforderlich. Wir fordern deswegen eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung sowie eine Abkehr von den bisherigen Bürgergeldvorschlägen.

(Florian von Brunn (SPD): Das sagen Sie als Opposition!)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Jobcenter müssen mehr Mittel und Werkzeuge von Ihrer Bundesregierung bekommen und nicht durch eine Aussetzung von Sanktionsmöglichkeiten ihrer Möglichkeiten beraubt werden.

Das geplante Bürgergeld in dieser Form ist Murks. Hier muss nachgebessert werden. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Huber, es gibt zwei Zwischenbemerkungen. – Die erste kommt vom Abgeordneten Andreas Winhart von der AfD-Fraktion.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Huber, ich freue mich, dass die CSU jetzt auch den Handlungsbedarf beim Bürgergeld erkannt hat. Ich stimme durchaus der Kritik zu, die Sie gegenüber den Ampel-Oppositionären hier im Haus und insgesamt an der Ampel in Berlin geäußert haben. Aber als das damals durch die Presse ging, habe ich mich schon sehr gewundert, dass Ihre Bundestagsfraktion der Union eben keinen Gegenentwurf zu diesem Bürgergeld vorgelegt hat, keine eigenen Ideen geäußert hat, im Gegensatz zu unserer Fraktion, die genau das gefordert hat, was Sie jetzt gefordert haben, nämlich einen Leistungsanreiz in dieses Bürgergeld hineinzugeben. Der wäre in unserem Vorschlag enthalten gewesen.

(Alexander König (CSU): Wer dagegen ist, muss keinen ganzen Entwurf vorlegen! Das ist ein Schmarrn!)

Jetzt frage ich Sie ganz offen und ehrlich: Warum veranstalten Sie hier heute dieses Theater? Ist das jetzt schon ein Vorlauf für den Wahlkampf? Wo bleiben Ihre Vorschlä-

ge in Berlin, wo sie auch hingehören? Was ist los mit Ihren Kollegen in Berlin, warum haben die da nicht gehandelt?

Thomas Huber (CSU): Lieber Herr Kollege, wenn etwas Murks ist, dann brauche ich keinen Nachzieher.

(Alexander König (CSU): Genau!)

Dann brauche ich keinen Gegenvorschlag, sondern lehne diesen Murks ab. Punkt!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Herr Kollege Winhart, deswegen danke für die extra Redezeit, die Sie mir geben. Wir lehnen auch den SPD-Nachzieher ab. Zum Bürgergeld habe ich alles ausgeführt.

Zur Reform des Wohngeldes: Wir bestreiten nicht die Notwendigkeit der Reform des Wohngeldes. Aber ich sage Ihnen eines: Eine Wohngeldreform, die in der Praxis nicht umsetzbar ist, weil die Kommunen mit ihr überfordert sind, nutzt nichts. Gerade erst vor zwei Wochen hatten wir die Berichterstattung zur Wohngeldreform. München und Nürnberg, die zwei großen Kommunen, wurden gefragt, und dabei ist herausgekommen, dass sie für die Bearbeitung wegen der neuen bzw. zusätzlichen Anträge im Schnitt sechs bis acht Monate länger brauchen. Sie brauchen also mehr Zeit, um die Anträge zu bearbeiten.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Stellen Sie sich einmal vor, wenn ein Berechtigter im Dezember mit einem Wohngeldantrag kommt, der zu Weihnachten das Geld braucht, dann wartet der vielleicht sogar bis September oder Oktober des Folgejahres, bis er sein Geld bekommt.

(Florian von Brunn (SPD): Mehr Geld geben – das ist der Unterschied!)

Das ist Ihre Politik von der Ampel. Von der FDP bin ich maßlos enttäuscht.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion Martin Hagen gemeldet.

Martin Hagen (FDP): Sehr geehrter Herr Kollege Huber, ich muss gestehen: Wenn ich nicht wüsste, was das Bürgergeld ist und was im Gesetz steht, und nur Ihre heutige Rede dazu gehört hätte, dann hätte ich gesagt: Jawohl, der Mann hat recht. Das Problem ist nur: Das hat mit der Realität überhaupt nichts zu tun gehabt.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Doch!)

Sie haben von Fehlanreizen gegen Arbeit gesprochen. Sie haben davon gesprochen, dass das Prinzip "Fördern und Fordern" aufgegeben wird. Ich lese mal vor, was die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – eine Organisation, die sozialistischer Umtriebe eher unverdächtig ist – dazu gesagt hat. Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft schreibt, sie begrüßt, dass das Prinzip "Fördern und Fordern" weitgehend beibehalten wurde. Sie begrüßt, dass Leistungsbeziehende durch Weiterbildung und individuelle Betreuung besser gefördert werden. Sie begrüßt, dass die Jobcenter weiterhin Sanktionen verhängen können. Sie begrüßt auch, dass der Zuverdienst für Leistungsbeziehende attraktiver werden soll. Das heißt, mit dem neuen Bürgergeld werden Anreize zum Arbeiten geschaffen und keine Fehlanreize gegen Arbeit gesetzt. – Das Gegenteil von dem, was Sie hier über das Bürgergeld erklärt haben, ist richtig.

(Beifall bei der CSU – Alexander König (CSU): Unsere Meinungen gehen da wirklich diametral auseinander!)

Thomas Huber (CSU): Lieber Herr Kollege, ich kenne die Äußerungen der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft nicht. Ich habe sie nicht gelesen. Ich habe aber das Schreiben vom 13. Oktober des Bundesrechnungshofs an Ihre drei Fraktionen in Berlin sehr aufmerksam gelesen. Auf der Homepage der Bundesregierung kommt die Kritik zum Ausdruck.

(Arif Taşdelen (SPD): Ihr Verhältnis zur Bundesregierung kennen wir!)

Ich zitiere jetzt von der Homepage der Bundesregierung. Dort steht:

Damit die Leistungsberechtigten sich auf die Arbeitsuche [...] konzentrieren können, soll in den ersten zwei Jahre des Bürgergeldbezugs eine sogenannte Karenzzeit gelten: Die Kosten für Unterkunft und Heizung werden in tatsächlicher Höhe anerkannt und übernommen. Vermögen wird nicht berücksichtigt, sofern es nicht erheblich ist.

– So, und jetzt kommt der Hammer: –

Ist die Karenzzeit abgelaufen,

– also nach zwei Jahren –

wird eine entbürokratisierte Vermögensprüfung durchgeführt.

Das heißt doch im Umkehrschluss, dass die ersten zwei Jahre jeder einen Antrag stellen kann und Vermögen nicht geprüft werden.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ihre Redezeit geht zu Ende.

Thomas Huber (CSU): Es findet eben keine Vermögensprüfung statt. Lesen Sie Ihren eigenen Gesetzestext, bevor Sie hier meinen, Sie müssen aus irgendwelchen Schreiben zitieren! Lesen Sie das Schreiben vom Bundesrechnungshof vom 13. Oktober!

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Florian von Brunn für die SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die CSU will ungeachtet dessen, dass alles teurer wird, keine Verbesserungen für die Menschen unter uns, die in größter Not sind.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

Sie will also kein Bürgergeld und gönnt den Ärmsten der Armen keine 50 Euro mehr im Monat. Das ist die Wahrheit.

(Zuruf von der CSU: Quatsch! Pfui! – Thomas Huber (CSU): Das ist Ihre Aussage! Das ist falsch! – Alexander König (CSU): Das ist die Auslegung für Deppen!)

Stellen Sie sich vor, Sie sehen zwei Menschen. Der eine von ihnen ist gestürzt und liegt auf dem Boden; der andere trägt schwer und geht mühsam. Wir als SPD helfen dem Gestürzten auf und dem anderen beim Tragen, damit er besser vorwärtskommt.

(Uli Henkel (AfD): Märchenstunde! – Zuruf von der CSU: Oh!)

Sie von der CSU helfen keinem von beiden. Sie spalten und schüren Neid.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Natürlich muss sich Arbeit lohnen. Dafür setzen wir uns als SPD jeden Tag ein. Wir sorgen in der Ampelkoalition gemeinsam dafür, dass sich Arbeit lohnt. Wir haben den Mindestlohn auf 12 Euro erhöht. Davon profitieren in Bayern rund eine Million Menschen.

(Beifall bei der SPD)

Die CSU hat sich im Bundestag bei der Abstimmung über den Mindestlohn der Stimme enthalten.

Wir entlasten die niedrigen Einkommen bei den Sozialabgaben, bei den sogenannten Midijobs. Die CSU hat diese Initiative im Bundestag abgelehnt.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Sie lassen die Betriebe in Konkurs gehen!)

Wir erhöhen das Wohngeld auch für Arbeitnehmer mit niedrigen Einkommen. Wir haben heute gehört, die CSU will das ablehnen.

Wir senken die Steuern und entlasten so die arbeitenden Menschen. Die CSU dagegen hat das Steuerentlastungsgesetz im Bundestag abgelehnt.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Wir wollen, dass die Menschen in Bayern besser bezahlt werden, indem es durch ein Tariftreuegesetz mehr Tarifverträge gibt. Die CSU hat das hier im Landtag abgelehnt. Die Wahrheit ist doch – das zeigen diese Entscheidungen –: Sie wollen gar nicht, dass sich Arbeit mehr lohnt. Sie lehnen alle Vorschläge dafür ab. Sie von der CSU wollen hart arbeitende Menschen gar nicht entlasten. Das beweisen Sie jeden Tag mit Ihrer Politik.

(Beifall bei der SPD – Thomas Huber (CSU): Alles Quatsch!)

Ihr Parteiname mit "Christlich" und "Sozial" bleibt ein andauernder Etikettenschwindel.

(Zurufe von der CSU)

Wir als SPD helfen denen, die arbeiten. Wir helfen aber auch denen, die unverschuldet in Not geraten, die arbeitslos oder krank geworden sind oder schwere Schicksalsschläge erleiden mussten.

(Alexander König (CSU): Das ist jetzt überhaupt nicht dran! – Uli Henkel (AfD): Märchenstunde! – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Wer sitzt denn in Berlin in der Regierung?)

Wir machen soziale Politik, und wir helfen den Menschen, wieder Tritt zu fassen.

(Beifall bei der SPD)

Ja, ganz klar, wir stehen dazu: Es gibt ab Januar 50 Euro mehr für Menschen in Not und weniger Sanktionen. Die Menschen müssen auch nicht alles aufgeben. – Das ist das Bürgergeld.

Ich habe erst vor Kurzem von diesem Fall gelesen: Eine alleinerziehende Mutter, die noch dazu schwanger ist, bekommt Hartz IV. Das Jobcenter hat alle Zahlungen eingestellt, weil Auskünfte vom Vater ihres Kindes fehlen, zu dem sie keinen Kontakt mehr hat. Sie hat keinen Cent mehr, um Essen für sich und ihre Tochter zu kaufen. – Das kann nicht sein, das darf es nicht geben. Wir müssen Menschen in einer solchen Situation helfen und sie nicht auch noch durch Sanktionen bestrafen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Mit dem Bürgergeld darf man zwei Jahre lang in seiner Wohnung bleiben. Man muss nicht gleich ausziehen, wenn man in Not geraten und arbeitslos geworden ist. Wir wollen nicht, dass Menschen am Ende obdachlos werden. Schauen Sie sich die Schicksale von obdachlosen Menschen an. Am Anfang steht oft Arbeitslosigkeit. Dann können sie die Miete nicht mehr zahlen, und ihre Wohnung wird gekündigt. Eines sage ich Ihnen: Auf der Straße oder in einer Notunterkunft kann man keine Bewerbungen schreiben. – Darum setzen wir uns für diese Menschen ein. Das ist verdammt richtig.

(Beifall bei der SPD)

Rund zwei Drittel aller Menschen, die Hartz IV beziehen, haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Wir wollen diese Menschen qualifizieren und wieder in Arbeit bringen. Das nutzt auch unserer Wirtschaft.

(Beifall bei der SPD)

Also: Wir helfen denen, die gestürzt sind, statt ihnen zu drohen und sie zu bestrafen. Wir wollen einen Sozialstaat, der niemanden im Stich lässt, einen Sozialstaat, der jedem und jeder neue Chancen gibt. Wir wollen gute Bezahlung für harte Arbeit. Das ist unsere Vorstellung von sozialer Politik und vor allem von Respekt den Menschen gegenüber in unserem Land. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Fraktionsvorsitzender von Brunn, vielen Dank. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Eva Lettenbauer für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleg*innen! Das Bürgergeld kommt, und das ist gut so.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist gut so, weil die Menschen in unserem Land gerade jetzt, in dieser Krisenzeit, soziale Sicherheit brauchen. Nennen wir es doch einmal mit konkreten Zahlen beim Namen: Wir werden den Regelsatz für Alleinstehende um 53 Euro auf 502 Euro erhöhen. Genau das ist notwendig. Das ist mehr als notwendig.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie, liebe CSU, hier in Bayern verhindern wollen, dass die Bayerinnen und Bayern soziale Sicherheit bekommen, werden wir das nicht zulassen. Wir sichern die Teilhabe und die Menschenwürde jedes Einzelnen hier in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Was macht das Bürgergeld? – Das Bürgergeld sorgt für einen Perspektivwechsel. Das Bürgergeld sorgt dafür, dass die Beratung endlich wirklich auf die Person zugeschnitten wird, dass langfristige Arbeit gefördert wird, nicht kurzfristige Hilfsjobs. Das Bürgergeld wird dafür sorgen, dass die Qualifizierung der Menschen hier in Deutschland steigt, dass mehr Menschen eine Ausbildung anpacken, dass sich mehr Menschen weiterbilden. Das muss der Fokus sein.

(Alexander König (CSU): Das ist grüne Träumerei, was Sie hier verbreiten!)

Der Fokus des Bürgergeldes wird sein, Menschen auf Augenhöhe zu begegnen und ihnen zu vertrauen. Den Vermittlungsvorrang werden wir deswegen abschaffen. Wir werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jobcenter dabei unterstützen, dass sie

mit ihren Kundinnen und Kunden Kooperationspläne erarbeiten. Genau so geht ein In-Arbeit-Bringen. Genau so wird es klappen; denn dann können beide Parteien an einem Strang ziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit dieser neuen Gesetzesgrundlage stellen wir auch sicher, dass die Angestellten in den Jobcentern, die schon jetzt ihren Job gut machen und im Sinne ihrer Kundinnen und Kunden arbeiten, noch viel besser im Sinne der Kundinnen und Kunden arbeiten können; denn sie müssen bald nicht mehr den nächstbesten Job vermitteln, der dann nur ein paar Monate ausgeübt wird. Sie können künftig den besten Job vermitteln, den Job, der zur Person passt, mit der die Person langfristig gutes Geld verdienen und ihr Leben selbstständig finanzieren kann. Genau das muss unser aller Ziel sein. Genau das ist unser Ziel. So sichern wir Arbeits- und Fachkräfte für die Betriebe hier in Bayern; und so sichern wir ein gutes Leben für die Menschen.

Die Vorwürfe, beim Bürgergeld würde die Bedürftigkeit nicht geprüft, sind einfach falsch. Wer viel Geld hat, der bekommt es nicht. Es ist kein bedingungsloses Einkommen. Der Fokus des Bürgergelds liegt darauf, Menschen zu motivieren statt zu bestrafen. Genau das ist in diesen Zeiten richtig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie rufen, Arbeit würde sich nicht mehr lohnen. Dazu muss ich eines sagen: Sie stecken wahrscheinlich in den Zeiten der GroKo fest. Sie haben es doch zugelassen, dass die Zahl der Geringverdienenden in Bayern Jahr für Jahr zunimmt. Sie haben es zugelassen, dass in Bayern unzählige arbeitende Menschen ihren Lohn mit staatlichen Leistungen aufstocken müssen. Das ist verheerend. Hier lohnt sich die Arbeit nicht, weil Arbeit bisher viel zu schlecht bezahlt wurde.

Genau das ändern wir. Wir haben gemeinsam den Mindestlohn auf 12 Euro angehoben. Vollzeitarbeitende verdienen also 2.080 Euro brutto. Das ist eine richtige Verbesserung für eine Million Menschen hier in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden auch Geringverdienende weiter entlasten. Wir senken die Sozialversicherungsbeiträge, indem wir die Höchsteinkommengrenze für Midijobs auf 2.000 Euro anheben. Trotzdem bleiben wir bei dem Ziel, möglichst viele Menschen in sozialversicherungspflichtige Jobs zu bringen, damit sie im Alter abgesichert sind.

Liebe CSU, die Frage lautet doch: Bekennen Sie sich zu einer sozialen Marktwirtschaft, in der man auch weiß, dass es neben dem Fordern auch eine Fürsorgepflicht gibt, oder ist das Wort "sozial" in Ihrem Namen nur ein Schein?

(Zurufe von der CSU)

Die GRÜNEN und ich wollen eine soziale, eine gerechte Zukunft für Bayern. Dafür setzen wir uns ein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

An die Zurufer möchte ich einen Appell richten: Kehren Sie endlich zur Sacharbeit zurück! Die aktuelle Krise erfordert es, dass alle Parteien verantwortungsvoll arbeiten. Wir haben in Bayern Vorschläge auf den Tisch gelegt, wie wir die Menschen in Bayern entlasten können. Schaffen wir einen Härtefallfonds für die Menschen, für die Familien und diejenigen mit geringem Einkommen! Tun wir etwas für die Menschen! Setzen wir nicht einfach nur Falschmeldungen in die Welt! Wir brauchen Ergebnisse; das erwartet Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Lettenbauer. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Schiffers für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Jan Schiffers (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger! Nachdem die selbst ernannte Fortschrittskoalition in Berlin in Feldern wie der Energiepolitik und der Wirtschaftspolitik konsequent einen Kurs der Deindustrialisierung betreibt, wird mit dem Projekt des Bürgergelds nun auch sozialpolitisch ein verhängnisvoller Irrweg eingeschlagen. Schon der Begriff "Bürgergeld" ist irreführend; ein klarer Fall des Framing. Der Begriff "Bürger" steht doch eigentlich für Menschen, die sich und ihrer Familie ein unabhängiges Leben sichern, und zwar durch eigene Arbeit und eigene Leistung.

(Beifall bei der AfD)

Historisch hat sich der Bürger gegenüber dem Staat den Anspruch auf politische Teilhabe und Mitwirkung erstritten. Eigentum und Freiheit sind wesentliche Säulen für den Bürger im eigentlichen Sinne. Mit dem wohlklingenden Begriff "Bürgergeld" soll der Umstand, dass Menschen vom Staat ohne Gegenleistung Geld beziehen, bagatellisiert und normalisiert werden. Die Bürger – besser: die ehemaligen Bürger – werden zu Transferleistungsempfängern degradiert. Es ist ganz klar: So soll ganz offensichtlich der Weg zum bedingungslosen Grundeinkommen geebnet werden. Das sollte dann aber auch so offen und ehrlich kommuniziert und nicht hinter irgendwelchen wohlklingenden Begriffen verschleiert werden.

Wir haben in Deutschland seit Langem das Problem, dass sich Arbeit immer weniger lohnt. Der Arbeiter muss sich mehr Sorgen machen, wie er seine nächste Heizkostenabrechnung bezahlen kann, als der ALG-II-Empfänger. Exorbitante Steuern und Abgaben machen Arbeit jetzt schon unattraktiv; das Bürgergeld wird diese Situation deutlich verschärfen. Wir haben schon jetzt das Problem, dass aufgrund der ohnehin zu hohen Sozialleistungen eine Armutseinwanderung in unser Land stattfindet. Für diese ungute Entwicklung der letzten Jahre trägt die CSU als langjährige Regierungspartei eine erhebliche Mitverantwortung. Auch künftig muss aus unserer Sicht das Prinzip des Förderns und Forderns Geltung haben. Wer die Aufnahme einer zumutbaren Be-

schäftigung grundlos verweigert, kann nicht in gleicher Höhe Leistungen beziehen wie jemand, der dazu bereit ist. Das ist grob unsozial und ungerecht.

(Beifall bei der AfD)

Neben den grundsätzlichen Bedenken gegen das Bürgergeld ist aber auch Folgendes zu berücksichtigen: Bekanntlich haben wir aktuell mit einer hohen Inflation zu kämpfen, verursacht durch Fehlentscheidungen der Politik in zahlreichen Feldern. Das Bürgergeld führt dazu, dass die Inflation weiter angetrieben wird und erweist sich auch unter diesem Aspekt als in höchstem Maße unsozial. Der nachgezogene Dringlichkeitsantrag der SPD macht ganz deutlich, dass die SPD die Problematik der Inflation nicht wirklich erfasst hat. Erinnern wir uns an die Worte von Ludwig Erhard:

Es ist ein grandioser Irrtum, wenn ein Volk oder ein Staat glaubt, eine inflationistische Politik einleiten und betreiben, sich aber gleichzeitig gegen deren Folgen absichern zu können. Dies kommt dem Versuch gleich, sich an den eigenen Haaren hochheben zu wollen.

Genau das versuchen die Ampel und insbesondere die SPD. Genau damit werden sie scheitern. Weil man es nicht oft genug aussprechen und zitieren kann, nochmals Ludwig Erhard:

Die Inflation kommt nicht über uns als ein Fluch oder als ein tragisches Geschick; sie wird immer durch eine leichtfertige oder sogar verbrecherische Politik hervorgerufen.

Soweit die SPD mit ihrem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag auf eine Entlastung von niedrigen Einkommen abstellt, schön und gut. Aber es wäre schon viel gewonnen, wenn Sie aufhören würden, die Bürger ständig zu belasten und zu überlasten.

(Florian von Brunn (SPD): Reden Sie mit Ihrem Freund Putin!)

Aber auch hier wollen Sie offenbar durch Ziehen an den eigenen Haaren aus dem Sumpf gelangen. Das wird nicht klappen.

Dem Dringlichkeitsantrag der CSU und der FREIEN WÄHLER werden wir zustimmen, weil das Anliegen berechtigt ist. Den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD lehnen wir ab.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Julika Sandt für die FDP-Fraktion.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich bin wirklich entsetzt: Ihr Antrag strotzt dermaßen von Fake News; Sie sollten sich was schämen!

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Sie behaupten, das Fördern und Fordern würde beendet. Das stimmt nicht. Sanktionsmöglichkeiten bleiben weiterhin bestehen, aber sie werden den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts entsprechend angepasst, das die bisherige Regelung der Union für verfassungswidrig erklärt hat.

(Beifall bei der FDP)

Der nächste Punkt: Sie fordern, Arbeit müsse sich lohnen. Sie wird sich jetzt dank besserer Hinzuverdienstgrenzen lohnen, was in 16 Jahren CSU-Mitregierung und Unionsregierung nicht der Fall war. Bald wird sich die Situation noch weiter verbessern. Christian Lindner hat angekündigt, dass die Steuerfreibeträge entsprechend angepasst werden, sodass es sich noch mehr lohnt, zu arbeiten.

Ich nenne ein Beispiel: Nehmen wir das Kind eines bisherigen Hartz-IV-Empfängers, jetzt Bürgergeldempfängers: Früher war es so, dass ab 100 Euro, wenn das Kind seinen ersten Studentenjob oder Schülerjob ausgeübt hat oder als Azubi tätig war, 80 %

abgegeben werden mussten. 80 %! So wurden Hartz-IV-Karrieren weitervererbt. Das war das Ungerechteste, was es in diesem Land überhaupt gab. Das hatte die CSU in Mitregierung voll mit zu verantworten. Das wird jetzt endlich mit dem Bürgergeld beendet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Nächste Behauptung: Die Grundsicherung wird zu stark erhöht. – Nein, sie folgt dem bewährten Muster der Erhöhung nach der Inflations- und Lohnentwicklung. Weil die Inflation in diesem Jahr besonders hoch war, wird das laufende Jahr jetzt mit in die Berechnung einbezogen. Das ist ein soziales Entgegenkommen und der jetzigen Krise geschuldet.

Wenn Sie als Regierungsfraktion offenbar nichts Besseres zu tun haben und nicht hier Politik für dieses Land machen und immer nur gegen die Bundesregierung schießen, bleiben Sie bitte wenigstens in Ihrer Argumentation sachlich. Mit dem Bürgergeld beenden wir den 16 Jahre andauernden sozialpolitischen Irrweg der Union. Mit besseren Hinzuverdienstgrenzen und Coachings sorgen wir für eine trittfeste Leiter in die Beschäftigung. Mit einem Weiterbildungsbonus und der Aufhebung des Vermittlungsvorrangs schaffen wir den Weg für mehr Qualifikation. Mit weniger Bürokratie und mit Digitalisierung sorgen wir für eine bürgerfreundliche Grundsicherung. Ihr Antrag müsste eigentlich "Arbeit muss sich lohnen – Ja zum Bürgergeld" heißen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Ja auch zum Antrag der SPD und nein zum Antrag von CSU und FREIEN WÄHLERN.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Sandt. – Für die FREIEN WÄHLER ergreift Herr Kollege Bernhard Pohl das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor gut 16 Jahren hat die damals rot-grün geführte Bundesregierung Hartz IV eingeführt. Damals gab es 5 Millionen Arbeitslose. Am Ende der Großen Koalition, unterbrochen durch eine schwarz-gelbe Regierung, waren es noch 2 Millionen Arbeitslose. Ich denke, die Ehrlichkeit gebietet, dass man diese Zahlen hier einmal nennt.

Nun beenden Sie die Zeit von Hartz IV, die Sie als Sozialdemokratie damals eingeläutet haben, und ersetzen sie durch eine Zeit eines sogenannten Bürgergelds. Ja, der Begriff ist wirklich toll gewählt; denn eigentlich ist das tatsächlich der Einstieg in das bedingungslose Grundeinkommen. Das bedingungslose Grundeinkommen ist tatsächlich das Ende einer Marktwirtschaft, das Ende einer freien Wirtschaft, das Ende einer freien Berufswahl und das Ende unserer Wirtschaftsordnung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist selbstverständlich und wesentlicher Bestandteil einer Sozialpolitik, dass man Bedürftigen hilft. Sozialpolitik fußt auf drei Säulen: der Hilfe für Bedürftige, einem Beitrag der Leistungsfähigen, der Leistungsträger in Form von Steuern und der Anerkennung der Leistung durch die Gesellschaft. Was machen Sie? – Sie ersetzen die Unterstützung für Bedürftige durch die Unterstützung für diejenigen, die behaupten, bedürftig zu sein. Das ist aber ein himmelweiter Unterschied.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Es reicht also, dass jemand subjektiv der Meinung ist, er sei bedürftig. Er behauptet das und wird nur noch eingeschränkt kontrolliert. Diese eingeschränkte Kontrolle ist ein Schlag ins Gesicht all derjenigen, die vollschichtig arbeiten, die sich anstrengen, auch derer, denen es nicht so gut geht, die sich, auch wenn sie in Not geraten sind, um eine Arbeit, eine Beschäftigung kümmern. Alle diejenigen werden von Ihnen durch dieses Bürgergeld – ja, ich sage es – im wahrsten Sinne des Wortes diskriminiert. Diese Menschen werden in einen Sack mit denjenigen gesteckt, die das Sozialsystem ausnehmen. Die vielen Bedürftigen werden mit den wenigen in einem Satz genannt,

die das Sozialsystem ausnutzen. Ich sage Ihnen: Das ist ein Anschlag auf den Sozialstaat. Und ich sage Ihnen: Bürgergeld ist unsozial. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. Den nachgezogenen Antrag werden wir ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte bleiben Sie am Mikrofon, Herr Kollege Pohl. – Es liegt die Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Plenk vor. Bitte schön.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Pohl, warum glauben Sie, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen mit Marktwirtschaft nicht vereinbar ist?

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das war doch jetzt nicht der Kollege Klingen, oder?

(Zurufe: Nein, Plenk! – Plenk!)

Das ist der Kollege Plenk. – Warum das bedingungslose Grundeinkommen nicht mit Marktwirtschaft vereinbar ist? Rechnen Sie mal, was das kostet – 83 Millionen Menschen mal 10.000, 12.000, 15.000 Euro –, und überlegen Sie, wer das bezahlen soll. Damit können Sie sich die Antwort selbst geben, glaube ich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Dann kommen wir zur Rede des fraktionslosen Abgeordneten Klingen. Bitte schön. – Herr Taşdelen, tut mir leid, Sie waren etwas zu spät.

(Arif Taşdelen (SPD): Ich habe auf den falschen Knopf – –)

Sorry, beim nächsten Mal dann gern. – Bitte schön, Herr Klingen.

Christian Klingen (fraktionslos): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die Ampel-Regierung in Berlin macht Wohlfühlpolitik und möchte mal wieder

das Füllhorn mit Steuerzahlergeld ausschütten. Das geplante Bürgergeld ist Hohn für all jene, die frühmorgens aufstehen, den ganzen Tag hart arbeiten und unterm Strich dann etwa das gleiche Einkommen haben wie ein Bürgergeldempfänger fürs Nichtstun. Berücksichtigt man dabei noch, dass zahlreichen Erwerbstätigen im Gegensatz zu Transferleistungsbeziehern für notwendige Fahrten zur Arbeitsstelle oft hohe Ausgaben entstehen, dann steht manchem Arbeitnehmer künftig gar weniger Geld zur freien Verfügung als demjenigen, den er mit seinen Steuergeldern alimentieren muss.

Dieses Bürgergeld setzt falsche Anreize für ein Leben auf Kosten des Staates und der Steuerzahler, und zwar nicht in erster Linie wegen der Erhöhung des Regelsatzes; das könnte man aufgrund steigender Energie- und Lebensmittelpreise noch nachvollziehen. Absolut inakzeptabel sind aber die Begleitumstände, mit denen Menschen das Nichtarbeiten gewissermaßen schmackhaft gemacht wird. Das fängt mit einer hohen Vermögensfreistellung an und geht damit weiter, dass die Angemessenheit der Wohnungsgröße und eine damit verbundene überteuerte Miete in den ersten zwei Jahren keine Rolle mehr spielen soll. Selbst Mieten in einem Luxusviertel auf Kosten der Allgemeinheit werden dann vom notwendigen Bedarf mitumfasst. Der Gipfel aber ist, dass Verweigerern im ersten halben Jahr keinerlei Sanktionen drohen sollen. Welchen Grund sollte dann noch irgendjemand haben, sich in dieser Zeit an die Vorgaben des Jobcenters zu halten?

Solidarität ist jedoch keine Einbahnstraße. Wenn eine zeitnahe erneute Arbeitsaufnahme möglich wäre, aber verweigert wird, muss dies selbstverständlich Konsequenzen haben. Dieses Bürgergeld ist nicht nur eine Ohrfeige für alle Geringverdiener, sondern es vergiftet auch den sozialen Frieden und wird in manchen Branchen künftig die Besetzung freier Stellen noch unnötig erschweren.

Natürlich ist es zu begrüßen, dass sich die CSU dieses Themas annimmt, um bereits bestehende Gerechtigkeitslücken nicht noch mehr zu vergrößern. Allerdings fragt man sich, wie das zusammenpassen soll, wenn gleichzeitig ein CSU-Landrat laut darüber nachdenkt, ob man für die Unterbringung von Migranten private Immobilien enteignen

könnte. Nicht nur Arbeit muss sich lohnen, sondern auch der Erwerb von Wohneigentum.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Hohes Haus, verehrte Bürger! Arbeit muss sich lohnen. Wir haben es heute ein paarmal gehört. Sozialgeld in jeder Form ist immer leistungslose Alimentation durch den Staat. Da gibt es Grenzen. Bürgergeld ist nichts anderes als Belohnungsgeld. Aufgabe des Sozialstaates ist es nicht, den Menschen von der Arbeit zu entwöhnen und ihn in eine rauschartige Abhängigkeit zu bringen, wie das jetzt mit Cannabis künftig geschehen wird. Es ist Aufgabe des Sozialstaates, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Deshalb soll jeder, der in Deutschland lebt, ein Existenzminimum erhalten, wenn er nicht dazu in der Lage ist, sich selbst zu helfen, aber auch nicht mehr. So sagen es die höchstrichterlichen und verfassungsgerichtlichen Entscheidungen. Ein sorgenfreies Leben ist nicht gemeint, und das Bürgergeld ist genau das. Deshalb ist es eine weitere dieser Lügen der Politik. Es ist eine als Sozialgeld getarnte Zuwendung, um den Schreckensnamen "Hartz IV" vergessen zu machen oder zu kaschieren. Damit ist es Selbstbetrug; denn das Bürgergeld bringt uns nicht weiter und ist einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung unwürdig. Es nimmt den Menschen eigentlich die Würde; denn die Menschen können im Grunde, wenn sie leistungsfähig, also nicht krank und eingeschränkt sind, ihren Lebensunterhalt selbst verdienen und besorgen. Dafür müssen Sie, die Politiker, aber die Rahmenbedingungen schaffen. Verschaffen Sie Ihnen Arbeit, verschaffen Sie Ihnen Nützlichkeit, verschaffen Sie Ihnen eine Vision, wie sie sich verbessern können! Fördern Sie Einzelprojekte von Künstlern und Unternehmen, aber gehen Sie nicht her und kaufen Sie sich das Wohlwollen der Menschen für die nächste Wahl durch Bürgergeld! Das ist der Menschen und auch Ihrer unwürdig.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Ulrike Scharf das Wort.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Herr Präsident, liebes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Dieses neue Gesetz sendet absolut falsche Signale und absolute Fehlanreize. Deshalb lehnen wir dieses Gesetz ab. Ich bin seit meinem Amtsantritt auch intensiv damit beschäftigt und kann Ihnen nur grundsätzlich sagen: Dieses geplante Bürgergeld konterkariert den Grundsatz "Arbeit muss sich lohnen". Es können noch so viele Argumente dagegensprechen, es konterkariert den Grundsatz "Arbeit muss sich lohnen", und wer diesen Grundsatz aufgibt, sät an den Grundfesten unseres Sozialstaats.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie des Staatsministers Dr. Florian Herrmann)

Wo soll dann eigentlich noch der Anreiz sein, für sich selbst zu sorgen oder arbeiten zu gehen?

(Florian von Brunn (SPD): Wenn Sie solch eine niedrige Arbeitsmoral haben!)

Für mich ist und bleibt das der erste Schritt in ein bedingungsloses Grundeinkommen. Das ist nicht mehr ein solidarischer Sozialstaat. Das ist auch keine soziale Marktwirtschaft.

Ich sage Ihnen ganz klar: Wir stehen zu all denjenigen, die unsere Hilfe brauchen. Wir haben einen starken Sozialstaat,

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

aber wir stehen auch zur Solidarität unserer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die die ideologischen Projekte des Bundesministers einfach bezahlen müssten. Fördern und Fordern sind fundamental. Staatliche Leistungen darf es nicht umsonst geben. Die Bereitschaft zur Mitwirkung und zur Eigeninitiative müssen erwartet werden können. Das Bürgergeld hebt das bewährte Prinzip des Förderns und Forderns hingegen komplett aus, und ich gebe Ihnen hier ein paar konkrete Beispiele:

So gilt in der Vertrauenszeit ein Sanktionsabbau – liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, der Sanktionsabbau ist innerhalb der Vertrauenszeit fast vollkommen vorhanden: Sie erhalten nur noch eine Sanktion, wenn Sie einen Termin im Jobcenter nicht wahrnehmen, alle anderen Sanktionen sind in dieser Zeit weg – Arbeitsverweigerung ohne Konsequenzen. Wie sollen wir dies bitte denjenigen erklären und erzählen, die jeden Tag aufstehen, den hart arbeitenden Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern? Auch die Vermögensfreistellung ist vollkommen überzogen. Wohnen in großen und kostspieligen Wohnungen ist über einen längeren Zeitraum möglich, und wenn wir von einem längeren Zeitraum sprechen, sprechen wir von Jahren, konkret von zwei Jahren.

Ich möchte es noch an einem Beispiel konkret machen: Eine vierköpfige Familie könnte in einer Eigentumsvilla wohnen und bis zu 150.000 Euro auf der hohen Kante haben, und dies alles auf Kosten der Steuerzahler. Das ist blanker Hohn für die Menschen, die sich trotz zum Teil mehrerer Jobs die Mieten in großen Städten nicht mehr leisten können. Arbeit muss sich lohnen und darf nicht bestraft werden. Im Übrigen – das wurde heute auch schon erwähnt – sieht das auch der Bundesrechnungshof ausdrücklich so und kritisiert das auch. Übrigens ist es eine schöne Fußnote, dass der Bundesrechnungshof als einer der Experten zur Expertenanhörung gebeten wurde, die die Ampel abgelehnt hat.

Weiteres Beispiel: Auch der Regelsatz wird über die Preis- und Lohnsteigerung hinaus erhöht. Diese Erhöhung geht über das hinaus, was geringverdienende Arbeitnehmer durch Tarifsteigerungen erhalten.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Natürlich – hier sind wir uns einig – braucht es angesichts der aktuellen Preissteigerungen eine bedarfsgerechte Regelsatzanpassung. Ich habe das auch immer so betont. Hier sind wir uns vollkommen einig, aber es darf nicht zu einer Besserstellung gegenüber der arbeitenden Bevölkerung kommen.

All dies zeigt, was passiert, wenn Herr Bundesminister Heil aus einer falsch verstandenen Motivation heraus die angeblichen Fehler der Vergangenheit wiedergutmachen möchte; denn um nichts anderes geht es hier. Ich sage aber auch ganz deutlich, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die Hartz-IV-Reformen haben Arbeitslosigkeit abgebaut und uns zum heutigen Wohlstand verholfen.

(Beifall des Staatsministers Christian Bernreiter)

Sie waren ein wichtiger Schritt, der nun wieder zurückgenommen wird, und das büßt unser Wirtschaftsstandort; denn alle von mir genannten Regelungen führen im Ergebnis dazu, dass der finanzielle Abstand zwischen Leistungsbeziehern und Arbeitenden so gering wird, dass sich Arbeit einfach nicht mehr lohnt. Dieses Signal sendet die Ampel aus, und dieses Signal ist grundlegend falsch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wenn Sie in Ihrem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag auch noch formulieren, dies schaffe ein neues Miteinander und ein neues Vertrauen,

(Florian von Brunn (SPD): Dann ist das so!)

frage ich mich: Glauben Sie das denn wirklich?

(Florian von Brunn (SPD): Ja, wir wissen das!)

Glauben Sie, dass das, was Sie hier bewirken, nämlich eine Spaltung zwischen denjenigen, die arbeiten gehen und Steuern zahlen,

(Florian von Brunn (SPD): Sie spalten durch Ihren Antrag!)

und denjenigen, die dazu nicht bereit sind und an die auch keine Sanktionen ausgeübt werden können und denen eine große Vermögensfreistellung eingeräumt wird, Vertrauen und ein neues, solidarisches Miteinander schafft?

(Alexander König (CSU): Das ist arbeitnehmerfeindlich!)

– Hundertprozentig nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn sich Arbeit nicht mehr lohnt, schadet dies unserem Arbeitsmarkt, es schadet unserem Wirtschaftsunterstandort und damit auch unserem Sozialstaat. Vielleicht muss man das Grundprinzip der Sozialen Marktwirtschaft noch einmal erklären: Es gibt diejenigen, die arbeiten gehen, die Geld verdienen und die Steuern zahlen, und diejenigen, denen wir helfen und die unsere Hilfe brauchen. Dieses Prinzip haben Sie nie verstanden, weil Sie nie auf der anderen Seite waren und nie Verantwortung für Arbeitsplätze übernommen haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie des Staatsministers Christian Bernreiter)

Was mich bei diesem Bürgergeld-Gesetzentwurf auch massiv umtreibt, ist die Verschärfung des Fachkräftemangels. Das ist einfach grotesk! Wir sollten hier vielmehr alles tun, um unsere Potenziale auszuschöpfen.

(Florian von Brunn (SPD): Was machen Sie denn als Arbeitsministerin?)

Schon jetzt besteht ein hoher Fachkräftemangel und ein hoher Arbeitskräftemangel. Wenn wir jetzt noch Arbeit unattraktiv machen, schneiden wir uns ins eigene Fleisch.

(Florian von Brunn (SPD): Was machen Sie für mehr Fachkräfte in Bayern?)

– Herr von Brunn, in der Schule hätte man gesagt, Sie stören. Gehen Sie einmal ins Eck und seien Sie still!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Sie können sich ja zu einer Zwischenbemerkung melden.

(Zuruf der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

Die Fachkräftesicherung stellt derzeit eine der größten Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt dar. Aktuell – diese Zahl darf ich Ihnen auch sagen – sind in Bayern 163.000 offene Stellen gemeldet. Daher müssen wir vielmehr das vorhandene Potenzial aktivieren, insbesondere Langzeitarbeitslose, aber auch ausländische Fachkräfte wie Ukrainerinnen und Ukrainer. Bei der Gelegenheit möchte ich sagen: Der Rechtskreiswechsel, den die Ampel vollzogen hat, führt dazu, dass wir 30.000 arbeitslos gemeldete Personen mehr in unserer letzten Arbeitsmarktstatistik haben.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fordern in Bayern mehr Geld vom Bund für die personelle Ausstattung unserer Jobcenter und für die Eingliederungsmaßnahmen. Auch hier zieht es sich wie ein roter Faden durch die Vorgehensweise des Bundesministers Heil: Die Jobcenter, die einen guten Job machen, erhalten weniger Geld. Das Stichwort dazu ist der "Problemdruckindikator". Hinzu kommt, dass die Jobcenter generell zu wenig Mittel aus dem Bundeshaushalt für die Eingliederungs- und Verwaltungsbudgets erhalten. Wie sollen sie ihre Aufgaben erledigen, wenn sie hier kaputtgespart werden? Ihre zentrale Aufgabe müsste es sein und ist es, für Menschen, die arbeitssuchend sind, den passgenauen Weg zurück in den Arbeitsmarkt zu finden. Der Schlüssel hierfür ist eine intensive und ganzheitliche Unterstützung. Dafür muss der Bund die Jobcenter finanziell besser ausstatten. Wenn Sie mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Jobcenter sprechen, werden Sie erfahren, ihre starke Motivation ist es, Menschen in Arbeit zu bringen, und zwar passgenau, und ihnen zu helfen.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, meine Damen und Herren: Unser Sozialstaat braucht einen starken und stabilen Arbeitsmarkt. Nur dann können wir jedem helfen, der unsere Hilfe braucht. Ein stabiler Arbeitsmarkt erfordert eine stabile Wirtschaft. Das Bürgergeld zerstört ein funktionierendes System, das auf Aktivierung der Menschen ohne Arbeit setzt. Die Starken helfen den Schwachen, und das ist zutiefst solidarisch.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Mit seiner Abschaffung schädigen wir die Grundfesten unseres Sozialstaats, und deshalb lehne ich dieses Gesetz zutiefst ab und werde intensiv weiter verhandeln mit Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Ländern, die das ähnlich sehen. Letztlich wird man sich dann wahrscheinlich im Bundesrat treffen mit einer Ablehnung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Es liegen zwei Meldungen für Zwischenbemerkungen vor: die erste von Herrn Kollegen Arif Taşdelen, SPD-Fraktion.

Arif Taşdelen (SPD): Frau Ministerin Scharf, ich war lange Jahre beschäftigt bei der Arbeitsagentur, lange Jahre Arbeitsvermittler und unter anderem zuständig für Langzeitarbeitslose. Ich biete Ihnen gerne an, wenn Sie das nächste Mal über ein Thema reden, von dem Sie offensichtlich keine Ahnung haben, dass wir mal miteinander reden.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU: Oh!)

Sie sind eigentlich diejenige, die spaltet. Sie reden von Eigentumsvillen. Schauen Sie sich mal um! Wie viele Menschen, die in einer Eigentumsvilla leben, müssen denn irgendwann von Hartz IV oder von Bürgergeld leben? Das ist quasi ein Ausspielen

(Manfred Ländner (CSU): Wenn ihr so weitermacht, bald viele!)

von Menschen, die ganz, ganz unten sind und die sich nicht aus eigener Kraft versorgen können.

Verstehe ich das richtig, dass die bayerische Sozialministerin – – Im Übrigen ist ja diese Bürgergeldreform eine Erfahrungsreform; das heißt, man greift zurück auf die Erfahrungen in den letzten 16 Jahren.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Taşdelen, Ihre Zeit.

(Zurufe von der CSU und der AfD: Zeit!)

Arif Taşdelen (SPD): Im Übrigen gab es nur drei Prozent – –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Wenn Sie weniger reinbrüllen, dann kann er seine Zeit entsprechend verwenden. Bitte sehr. – Das gibt's ja gar nicht.

Arif Taşdelen (SPD): Drei Prozent wurden sanktioniert, nur drei Prozent. Jetzt zur Frage: Verstehe ich das richtig, dass die bayerische Sozialministerin gegen 50 Euro Erhöhung in dieser schwierigen Zeit ist?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Ministerin, bitte.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Herr Taşdelen, hätten Sie zugehört, dann hätten Sie auch gehört, dass ich ganz klar sage: Natürlich muss der bedarfsgerechte Regelsatz erhöht werden. Punkt!

Zum Zweiten, was Sie zunächst angemerkt haben: Sie sind anscheinend schon sehr lange weg aus den Jobcentern. Ich bin in ständigem Kontakt mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, vor allen Dingen auch mit denjenigen, die etwas davon verstehen. Schauen Sie sich vielleicht auch mal eine Stellungnahme aus den Jobcentern an, die in Richtung Bundesminister Heil geschickt worden ist, worin klargestellt wird, wie kontraproduktiv dieses Bürgergeld wirkt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung: Frau Kollegin Julika Sandt, FDP-Fraktion!

Julika Sandt (FDP): Frau Ministerin, dass die CSU falsche Fakten verbreitet, wie ich vorhin dargelegt habe, ist das eine. Ich hätte aber erwartet, dass Sie in Ihrem Haus zumindest Experten haben, die Sie mit Fakten richtig beraten. Ich frage mich, ob Sie denen nicht zugehört haben oder ob bei Ihnen niemand den Gesetzentwurf gelesen hat. Sie haben eben gesagt, dass es Sanktionen nur bei Terminversäumnissen gibt.

Das stimmt nicht; das gilt nur in den ersten sechs Monaten. Danach ist es so, dass bei Weigerung, eine Arbeit aufzunehmen, oder fehlendem Einsatz zunächst 30 % usw. angerechnet werden. Also, –

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Finden Sie sie nicht, Frau Sandt, die Sanktionsmöglichkeiten?

Julika Sandt (FDP): – es gibt Sanktionen. Vor allen Dingen, was mich am meisten gewundert hat: Sie sprechen von Fachkräftemangel etc. in Zusammenhang mit dem Bürgergeld. Dieses Bürgergeld setzt so stark auf Qualifikation und auf Weiterbildung, dass ich mich echt frage, wie es sein kann, dass Sie hier von Fachkräftemangel etc. sprechen. Es geht doch darum, –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Frau Sandt.

Julika Sandt (FDP): – Leute in Arbeit zu bringen. Das schaffen wir mit dem Bürgergeld.

(Unruhe)

Ich verstehe nicht, wieso Sie das nicht gelesen haben.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Staatsministerin, bitte.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Also, Frau Sandt, es war jetzt erstaunlich, wie lange Sie nach den Sanktionsmöglichkeiten suchen mussten. Diese gibt es, wenn man den Termin versäumt. Das ist nice to have, vor allen Dingen den Kooperationsvertrag, den Sie vorher angesprochen haben. Ihn schließen die Jobcenter mit den Arbeitssuchenden; der ist schnell unterschrieben. Wenn es um Fort- und Weiterbildungsunterstützung für Arbeitssuchende geht, ist das ein Teil und ein geringer Teil, der dazu beiträgt, dass dieses Bürgergeld einen Sinn macht. Aber das ist schon einer der einzigen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Staatsministerin Scharf. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 18/24635 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU sowie die AfD, der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos) und der Abgeordnete Klingen (fraktionslos) sowie der Abgeordnete Busch (fraktionslos). Gegenstimmen! – GRÜNE, SPD, FDP. Enthaltungen? – Der Abgeordnete Plenk (fraktionslos) und der Abgeordnete Duin (FDP). Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wir kommen jetzt zur namentlichen Abstimmung zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/24734. Ich eröffne die Abstimmung. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 15:15 bis 15:18 Uhr)

Konnten alle Abgeordneten ihre Stimme abgeben? – Das ist ganz offensichtlich der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung. Das Ergebnis wird in Kürze bekannt gegeben.

(...)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Soziale Politik für die Menschen – ‚Ja‘ zum Bürgergeld, zur Reform des Wohngeldes, zu 12 Euro Mindestlohn und zur Entlastung von niedrigen Einkommen" auf Drucksache 18/24734 bekannt: Mit Ja haben 54 Abgeordnete und mit Nein 94 Abgeordnete gestimmt; es gab 7 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)